

# Der Bündner Energierichtplan sorgt weiter für Diskussionen

25 potenzielle Windkraftgebiete hat der Kanton ausgewiesen. Die SVP zeigt sich über die Auswahl schockiert.

## Patrick Kuoni

Die SVP Graubünden fordert den sofortigen Rückzug und eine Überarbeitung des neuen kantonalen Richtplans Windenergie. Dies teilte sie am Freitag an einer Medienkonferenz mit. Der überarbeitete Energierichtplan wurde vor rund zwei Monaten präsentiert. In diesem werden etwa zahlreiche Gegenden für mögliche Windparks bestimmt.

Zahlreiche davon in Tourismusregionen. Das stösst der SVP sauer auf: «Top-Tourismusdestinationen wie Arosa, Davos und Scuol werden so mit

Windrädern verschandelt», erklärte Nationalrätin Magdalena Martullo. SVP-Parteipräsident Roman Hug hielt ausserdem fest, dass die Gemeinden und Regionen bei der Erarbeitung der möglichen Windparkstandorte kaum oder gar nicht miteinbezogen wurden.

Aus diesem Grund lanciert die SVP eine Petition, welche den Rückzug des Richtplans fordert. «Dieser soll überarbeitet und in enger Abstimmung mit den Regionen und Gemeinden neu aufgelegt werden», so Hug.

Diese Forderung stösst zumindest

## Im Richtplan werden zahlreiche Gegenden für Windparks bestimmt.

in der Politik nicht auf Rückhalt. Hauptargument: Die laufende Vernehmlassung diene dazu, etwa die Meinung der Gemeinden abzuholen.

Seite 4

# SVP fordert einen Neustart bei den Plänen für Windkraftwerke

Der Kanton Graubünden will bei der Windenergie vorwärtskommen. Die Gemeinden wurden dabei aber laut SVP zu wenig abgeholt. Sie fordert die Regierung auf, dies nachzuholen. Sie steht mit der Forderung alleine da.

**Patrick Kuoni**

Vor rund zwei Monaten wurde der überarbeitete Richtplan Energie des Kantons Graubünden vorgestellt (Ausgabe vom 13. April). Stossrichtung: Wind und Wasserkraft sollen stark ausgebaut werden (siehe Kasten). An den Ausbauplänen im Bereich Wasserkraft kam bereits Kritik vonseiten der Umweltverbände auf, weil zahlreiche konfliktreiche Ideen aufgenommen und die Nutzungsmöglichkeiten der Wasserkraft bis zum letzten Tropfen ausgenutzt würden (Ausgabe vom 19. Mai). Nun folgt Kritik von der rechten Seite zur Windenergie-Thematik.

Der Kanton hat 25 Standorte für Windkraftanlagen und Windpärke definiert. Sie befinden sich übers Kantonsgebiet verteilt (siehe Grafik).

Doch die Standorte dieser Anlagen stossen der SVP sauer auf. Sie hat am Freitag zu einer Medienorientierung geladen. Nationalrätin Magdalena Martullo hielt fest: «Top-Tourismusdestinationen wie Arosa, Davos und Scuol werden so mit Windrädern verschandelt.» Aufgrund der massiven Auswirkungen würde die Bevölkerung vor Ort den neuen Richtplan «wohl in keiner Weise unterstützen». «Gute Windverhältnisse, eine vorhandene Groberschliessung und genügend Platz für Windparks» seien für die Regierung Kriterien für die Benennung der Windparkgebiete gewesen. «Landschaftschutz, Siedlungsnähe, Tourismus und bestehende Landwirtschafts- oder In-

dustriebauten wurden ausser Acht gelassen», so Martullo. Von Letzterem ist auch Martullos Unternehmen – die Ems-Chemie – betroffen: «Drei Viertel unseres Werkplatzes und ein Teil der Industriezone Vial, wo schon Gebäude stehen, sind als Windparkzonen ausgewiesen im Richtplan.»

## «Ungenügende Information»

Die SVP wolle jetzt dazu beitragen, dass die Debatte über den Richtplan im Bereich Windkraft ins Rollen komme. «Rechtlich ist die Vernehmlassung das einzig wirksame Mittel», so Martullo. Später habe die Bevölkerung im schlimmsten Fall gar nichts mehr zu sagen. Dies, weil die Regierung den Richtplan in eigener Kompetenz erlasse. Da alle Projekte die Bedingungen für überwiegendes nationales Interesse erfüllen würden, sei es ausserdem wohl sowohl für die Gemeinden als später auch für Landbesitzer äusserst schwierig, gegen mögliche Projekte vorzugehen. SVP-Präsident Roman Hug betonte deshalb: «Es ist stossend, dass Gemeinden und Regionen über die Projekte in ihren Gebieten im Vorfeld nur ungenügend oder gar nicht informiert wurden und die Bevölkerung kaum Kenntnis vom Inhalt des Richtplanes hat.» Aus diesem Grund lanciert die SVP eine Petition, welche den Rückzug des Richtplans fordert. «Dieser soll überarbeitet und in enger Abstimmung mit den Regionen und Gemeinden neu aufgelegt werden», so Hug.

Gemäss Walter Grass, Fraktions-

chef im Grossen Rat, wird die SVP nächste Woche auch im Parlament aktiv. Sie werde eine dringliche Anfrage aufs Tapet bringen, in der sie frage, ob die Regierung bereit sei, die Vernehmlassung um 90 Tage zu verlängern – um 30 Tage hat der Kanton diese inzwischen von sich aus verlängert, sie dauert nun bis zum 28. Juli. Ausserdem will die SVP wissen, ob die Regierung bereit ist, den Richtplan dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.

## Mitte: Mitsprache gegeben

Von einem Rückzug des Richtplans wollen die anderen Parteien nichts wissen. So erklärt Mitte-Co-Fraktionschef Martin Bettinaglio: «Das von der SVP geforderte Mitspracherecht ist in der Vernehmlassung gegeben.» Die Regierung könne Gespräche aufgrund von Vernehmlassungseingaben im Anschluss führen. Inhaltlich meint Bettinaglio zum Richtplan: «Die Dimensionierung der Eignungsgebiete ist momentan zu gross. Wir verstehen aber, dass die Regierung eine möglichst breite Diskussion führen möchte.» Es gebe aber unerwünschte Überlagerungen mit Gewässerräumen, Bauzonen, Siedlungsgebiet oder Strasseninfrastrukturen, die im Richtplan noch zu wenig berücksichtigt worden seien. «Dennoch hat die Windenergie im Kanton grosses Potenzial, wenn diese am richtigen Ort ist.»

## SP: Mehr Tempo bei Solarenergie

SP-Präsident Andri Perl hält ebenfalls nichts von einem Marschhalt. Er tut die

SVP-Forderung als «Geplänkel im Wahljahr» ab. Er hält fest: «Wir begrüssen die Auslegeordnung bei der Windkraft.» Dass es Widerstand gebe gegen Windkraft, sei aber nicht weiter überraschend. Dieser Widerstand werde mancherorts auch bei konkreten Projekten gross sein. «Trotzdem werden wir an einigen Orten Windkraft brauchen.» Weil aber die politischen Risiken im Bereich Windenergie hoch seien, setze sich die SP dafür ein, dass es im Bereich Solarenergie ebenfalls vorgehe und der Kanton eine eigene Strategie erarbeite.

### GLP: Vor Ort Prioritäten setzen

GLP-Fraktionschef Jürg Kappeler meint: «Da zur Realisierung solcher

Projekte am Ende die Bevölkerung zustimmen muss, ist sie frühzeitig miteinzubeziehen. Das heisst, letztlich muss auch die Bevölkerung vor Ort die Prioritäten setzen.» Das Konzept werde scheitern, wenn Massnahmen von der Regierung oder politischen Parteien vorgegeben würden. «In diesem Sinne betrachten wir den in die Vernehmlassung geschickten Richtplan als eine Diskussionsgrundlage.» Die Erkenntnisse müssten vor allem mit den Gemeinden bereinigt werden. Die GLP sei ausserdem der Meinung, dass man in Graubünden die Produktion von nachhaltig erzeugtem Strom erhöhen müsse.

### FDP: «Ein gefährlicher Weg»

FDP-Präsident Bruno Claus fokussiert sich in seiner Antwort auf die SVP-Anfrage, ob die Regierung bereit sei, den Richtplan dem Grossen Rat vorzulegen. «Die SVP beschreitet mit dieser Idee einen gefährlichen Weg», sagt er. Der Kanton mische sich so in die Konzessionshoheit der Gemeinden ein. Wenn, dann müsse dort eine allgemeine Diskussion analog der Wasserkraftstrategie geführt werden. Von einem allgemeinen Marschhalt hält Claus ebenfalls nichts. Aktuell laufe die Vernehmlassung, wo sich alle äussern könnten. «Danach kann eine inhaltliche Diskussion aufgrund der Rückmeldungen erfolgen.»



Keine Freude: Magdalena Martullo, Roman Hug und Walter Grass (von links) erläutern, weshalb sie mit einem Teil des überarbeiteten Richtplans Energie nicht einverstanden sind. Bild: Olivia Aebli-Item

